

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 23 (1982)  
**Heft:** 7

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Alle Wege führen zum Golf**

Die Sowjetunion setzt nunmehr eindeutig auf einen Sieg des Irans und hofft dadurch, mittelbar zur Kontrolle über den Persischen Golf zu gelangen. Das Khomeiny-Regime, an sich kein idealer «Transmissionsriemen», wird dabei nach seinem Eignungswert als Vehikel hingenommen. Die unbelehrbar antisowjetischen Elemente sind dezimiert worden, und die andern können im prosowjetischen Sinn dienlich sein, ob sie es nun selber merken oder nicht.

Während Khomeiny das Jahr des Aufbaus verkündet, nehmen die Sowjets den Ausbau der Macht in ihre Hand. Für sie führen (siehe auch Beitrag S. 14) bald alle Wege zum Golf. *ddm*

**In Kürze**

«Industrielle Schafhaltung» war das vielversprechende Schlagwort, als man daran ging, in der Autonomen Sowjetrepublik (ASSR) Mari, zwischen Gorki und Kasan an der Wolga gelegen, in einem Sowchos (Staatsgut) einen entsprechenden «Komplex» einzurichten, zwecks Verbesserung der Produktion von Fleisch und Wolle. Die Einrichtungen für die fabrikmässige Schafzucht bedingten eine Investition von 2 Millionen Rubel, aber dafür findet jetzt die Amortisation statt. Und zwar so: Jedes Schaf bringt dem Sowchos pro Jahr fast 90 Rubel ein — und kostet ihm pro Jahr rund 170 Rubel.

Eine fatale Differenz, aber es besteht Grund zur Hoffnung. Die Zahl der Schafe in diesem Aufzuchtzentrum der ASSR ist nämlich seit dem Bau der neuen Anlagen bereits um 10 Prozent zurückgegangen, weil die Fabrikhaltung mehr Tiere eingehen lässt, und bei einer solchen Entwicklung wird auch das Defizit immer kleiner. Fast unverständlich, dass die «Iswestija»-Ausgabe vom 16. 2. 1982 trotzdem mächtig über diese Entwicklung schimpft.

Der amerikanische Multimillionär Armand Hammer, Präsident der Occidental Petroleum und seit Jahrzehnten unerschütterlicher Freund der Sowjetunion, weilte im März in Moskau zur Besprechung eines langfristigen Abkommens über die Lieferung von Düngemitteln. Daneben fand er Zeit, menschliches Zeugnis abzugeben, und versicherte der sowjetischen Agentur Tass, er kenne Breschnew als einen Mann von gutem Herzen (Breschnew hat einen westlichen Herzschrittmarker) und als einen Mann des Friedens. Und Breschnew kennt seinen Armand als Friedenslieferant der sowjetischen Kriegsrüstung.

In Leningrad wurde der Historiker Arsenij Roginskij zu vier Jahren Lager gewöhnlichen Regimes verurteilt, wegen Dokumentenfälschung. Oho, wohl geschichtliche Materialien manipuliert? Nicht doch, viel schlimmer: Roginskij hatte sich mit gefälschten Empfehlungsschreiben Zutritt zu historischen Archiven verschafft, die im Prinzip öffentlich sind. Der Fälscher.

«Sie pflanzen nichts, sie säen nichts. Und doch spriessen ihre Häuser wie Pilze nach dem Regen.»

Das sagt der litauische Erste Parteisekretär über einen «Teil der führenden Angestellten». Die ihre Häuser erst noch mit verbotenen Mitteln auf verbotenem Grund bauten. Wobei die Polizei wegschaut: «Wir können uns an keinen einzigen Fall erinnern, in dem sie (die Verantwortlichen des Innenministeriums) wegen missbräuchlicher Beschaffung von Baumaterial, wegen illegaler Beanspruchung von Transportern oder Einrichtungen ein Strafverfahren eröffnet hätten. Sie haben nicht einmal die Parteiorgane über die Missbräuche informiert (keine Bange, die waren garantiert aus erster Hand informiert; Anm. ZB). Mit einem Wort: es ist notwendig geworden, entscheidende Massnahmen zu ergreifen.»

Welcher Art die entscheidenden Massnahmen sein sollen, das präzisiert der litauische Parteichef nicht weiter. Aber was für eine fürchterliche Sanktionen «zusätzlich» droht, das hat er einstweilen klipp und klar gesagt. Es sei zusätzlich, so führte er aus, den betreffenden Interes-

senten «zu empfehlen, ihre privaten Häuser nicht auf kollektivem Boden zu bauen». Hei, wie sich die fehlbaren Genossen vor Verzweiflung die Haare raufen werden, wenn sie die Empfehlung vernehmen. Bisher war die private Aneignung von kollektivem Boden ja bloss verboten.

Wenn man euch doch sagt, dass bei der sowjetischen Antikorruptionskampagne diesmal mit dem eisernen Besen gekehrt wird . . .

Letztes Jahr hatte die Sowjetunion auf dem Weltmarkt 800 000 Tonnen Fleisch für fast 800 Millionen Dollar eingekauft. Hauptlieferanten waren Argentinien, Australien und Neuseeland. Indessen ist, wie wenigstens aus Melbourne verlautet, der sowjetische Einkauf Ende 1981 und Anfang 1982 stark zurückgegangen. Der Devisenmangel im Sowjetlager wird durch verschiedene Indizien bestätigt.

**CRITICON**

**Konservative Zeitschrift**

informativ – anregend – umfassend

«National Review» – das führende konservative Organ der USA – schrieb im Februar 1980: «CRITICON ist wohl der hellste Stern am Firmament der konservativen Publizistik. Es ist völlig international in Reichweite und Tonlage. Es ist zugleich sarkastisch und eminent kultiviert, tiefgründig und pamphletisch. Es ist ein (d a s ?) Organ der ‚Konservativen Internationale‘.»

Ich bestelle (Gewünschtes bitte ankreuzen)

- eine CRITICON-Probenummer (gratis)
- Jahrgang 1982 im Abonnement (DM 57,-)

(Bitte Druckschrift)

CRITICON-Verlag, Promenadenplatz 9, 8000 München 2

## Der Buchtip

### Frieden gegen die Menschen?

**Edgar Lamm (Herausgeber): «Frieden ohne Menschenrechte? Aspekte einer Politik für den Menschen.» Einhard-Verlag, Aachen 1981, 267 Seiten.**

Das ausgezeichnete Werk enthält wissenschaftlich dokumentierte Vorträge, die an den Tagungen des Politischen Forums der Bischöflichen Akademie des Bistums Aachen gehalten worden sind. Zehn Autoren nehmen zu den Fragen von Frieden und Menschenrechten Stellung; der Anhang enthält die Rede von Papst Johannes Paul II. vor der UNO, die Papstbotschaften zum Weltfriedenstag und Auszüge aus der Enzyklika «Redemptor Hominis».

Das Buch verbindet Wissenschaftlichkeit mit Aktualität: Es prüft die Ost—West-Beziehungen nach theoretischen wie praktischen Gesichtspunkten, und es versucht, Antworten auf die wichtigsten Fragen der heutigen internationalen Lage zu geben. Gleichzeitig weist es auf die Gefahren hin, die einerseits mit der Gutgläubigkeit vieler westlicher Bürger gegenüber der totalitären Politik, andererseits mit einer Fehlinterpretation der Liberalität in den Rechtsstaaten zu-

sammenhängen. «Lassen wir uns nicht (...) durch falsche Liberalität zu nützlichen Idioten im Sinne Lenins umfunktionieren», warnt Herbert Weichmann (S. 164) und betont die entscheidende Rolle der «geistigen Abwehrbereitschaft» (S. 162).

Günter Poser, Konteradmiral a. D., verlangt eine Gesamtverteidigung des Westens, welche die geistige Verteidigung ebenfalls einschliesst. Für den totalitären Staat, so warnt er, ist die Spannungspolitik eine Fortsetzung der Machtpolitik mit andern Mitteln.

Wie Poser betont, ist es den Nato-Staaten seit Mai 1973 bekannt, dass die UdSSR eine Aufrüstung betreibt, die wesentlich systematischer ist als zur Zeit des «Kalten Krieges». Wozu braucht der Ostblock eine Armee von 5,5 Millionen Mann? (Poser erwähnt nicht, ob in dieser Zahl die Sicherheitsdienststruppen eingeschlossen sind.) Es sei klar, dass die Streitkräfte des Sowjetlagers stärker als zuvor auf Offensive ausgerichtet würden. (S. 85f.)

Die Autoren (Lamm, Poser) warnen vor der ideologisch bedingten Interpretation, mit der die UdSSR sowohl Menschenrechtsabkommen als auch Grundrechte und Grundfreiheiten handhabt. «Die UdSSR will den Frieden nur unter gleichzeitiger grundlegender Veränderung der bisherigen Kräfteverhältnisse bewahrt wissen.» Poser betont den grossen Unterschied zwischen Frieden und «Frieden». Theoretisch-propagandistisch verteidigen die Sowjetstreitkräfte den Frieden auch dann, wenn sie selbst die grausamsten Aggressionen begehen. (S. 94)

Cornelia Gerstenmaier fasst die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Bürgerrechtsbewegung in der UdSSR zusammen (S. 45ff.). Die Dissidenten haben seit 1976 auch Kontakte mit Arbeiterkreisen, wodurch eine ähnliche Situation entstehen kann wie in Polen. (S. 51) Cornelia Gerstenmaier schätzt die Zahl der Gefangenen — gewöhnliche Kriminelle inbegriffen — auf zwei bis drei Millionen. Ein Beispiel für

## Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

### Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6  
Marktgasse 42, 3011 Bern  
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

die Grausamkeit des Regimes: Zwischen 1963 und 1975 sollen allein im psychiatrischen Gefängnis von Sytschowka 475 Personen umgebracht worden sein (S. 56). Trotz dem ZK-Erlass vom Oktober 1977 über die Zerschlagung der Dissidentenbewegung im In- und Ausland (!) verstärkte sich aber diese Art geistiger Opposition ständig. (S. 57)

Sehr wichtig ist die Warnung Edgar Lamms in der Einführung (S. 16): Afghanistan sei das achte Land, das während der siebziger Jahre (unter sowjetischer Kontrolle) in kommunistische Hände fiel (nach Südjemen, Kambodscha, Laos, Südvietnam, Angola, Moçambique und Aethiopien). In diesem Jahrzehnt gehen die Eroberungen weiter. Ein wichtiges Buch. *Laszlo Revesz*

## Zwei Berichtigungen

### 1. Desinformation in den Medien

In diesem als SOI-Sonderdruck 20 veröffentlichten Aufsatz habe ich geschrieben, dass ein Erstunterzeichner des «Demokratischen Manifestes Bern» Sekretär der Beschwerdekommision sei.

Diese Angabe ist unrichtig: Der Erstunterzeichner des «Demokratischen Manifestes Bern» ist stellvertretender wissenschaftlicher Adjunkt beim Radio- und Fernsehdienst des EVED und hat als solcher entgegen meiner Annahme mit der Beschwerdekommision nichts zu tun. Er bestreitet nachträglich, Erstunterzeichner zu sein, obschon er als solcher publiziert worden ist. *Peter Sager*

\*\*\*

### 2. Je nach Strahlung:

#### Zutritt für Nichtgefangene verboten

In «ZeitBild» Nr. 4 vom 24. Februar 1982 haben wir einen Artikel aus der russischen Exilzeitschrift «Possev» abgedruckt. Darin stand, dass im Uranbergwerk von Utschkuduk bei der Halde eine Strahlung von über 1000 Röntgen festgestellt worden sei. Ein Leser aus Luzern bezweifelte, dass eine solche Strahlung überhaupt möglich ist.

Wir haben uns beim Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung erkundigt und folgende Beurteilung erhalten: «Dosisleistungen von 1000 R/h, wie sie für eine akute Schädigung innert einer halben Stunde erforderlich wären, sind bei Erhalten unmöglich. Je nach verwendeten Messgeräten und Messfehlern könnte es sich höchstens um einige Milliröntgen/h gehandelt haben.»

*Red. ZeitBild*

## Einladung zum Abonnement

Zurückzusenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD**  
zu Fr. 39.- (Ausland sFr. 42.-/DM 48.-).  
Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name	Vorname
<hr/>	
Strasse	PLZ, Ort
<hr/>	
Datum	Unterschrift
<hr/>	

# Der Kommentar

## El Salvador und die Wahlen

Die Meinung der Weltöffentlichkeit war schon vor dem 28. März, dem Wahlsonntag in El Salvador, praktisch gemacht: Das Volk braucht keine Wahlen, sondern Befreiung.

Das «unbefehliche» Datum ist vorüber, und die gemachte Meinung wird weiterhin gemacht, mit der Unbeschwertheit des gewährleisteteten Wissens: Das war es nicht, was das Volk brauchte: das Volk braucht ...

Obwohl inzwischen etwas passiert ist, was der durchgezogenen Aussage samt ihren richtungs-gleichen Variationen eigentlich ihre Unbeschwertheit nehmen sollte. Denn um weiterhin gültig zu sein, bedarf der Refrain einer Voraussetzung, und zwar dieser: dass das salvadorianische Volk selber nicht befugt ist zu sagen, was es braucht.

Tatsächlich hätte der Wahlsonntag gerade die Befreiungstheoretiker stutzig machen sollen, sie ganz besonders. Und zwar einfach deshalb, weil ein Ereignis stattfand, das im Lichte ihrer Volkserkenntnis gar nicht möglich gewesen wäre: ein Volksentscheid für die Wahlen und gegen die Befreiung oder «Befreiung».

Dabei geht es weder um die eingeschränkte Auswahl noch um die Wahlergebnisse, sondern schlicht und einfach um die *Wahlbeteiligung*. Es ist das Kriterium, dass die angeblichen Befreiungskräfte und ihre Anhänger in Land und Welt selber zur Hauptsache erhoben hatten, in-

dem sie die Boykottlösung ausgaben und propa-gierten. Damit war eine Alternative gegeben, die Alternative recht eigentlich. Egal für wen die Salvadorianer stimmen konnten und für wen nicht, sie hatten die Möglichkeit, den Boykott-aufruf zu befolgen oder aber an die Urnen zu gehen. Sofern sie nicht daran gehindert wurden. Was die Kräfte der boykottaufrufenden Organi-sationen, die «Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti» und die «Demokratische Revolu-tionsfront», mit bestem Willen und nach besten Kräften zu bewirken suchten.

Unter diesen wahrhaft erschwerten Umständen gingen die Salvadorianer wählen. Sie gingen wirklich, und zwar in Massen wie nie zuvor. Vor dem Bürgerkrieg hatte man jeweilen 500 000 bis 600 000 Personen zur Teilnahme an den Wahlen bewegen können. Und jetzt waren es 1,1 Millionen, doppelt so viel als zu jener Zeit, da der Wahlvorgang selbst unangefochten war.

Das ist die Entscheidung, die das Volk getroffen hat. Als Zusage an die kandidierenden Parteien und an die einzuschlagenden Wege mag sie mehrdeutig sein, schlimmstenfalls nahezu nichtssagend. Aber, und darauf kommt es an, als *Absage* an die gewaltsamen Befreier (samt ihren materiellen, organisatorischen und propa-

gandistischen Unterstützern aus vielen Ländern und einem Lager) war sie eindeutig und viel-sagend.

Nun heisst das keineswegs, dass die Volksent-scheidung (zu diesem Hauptpunkt; wir reden von nichts anderem) eine entsprechende Macht-entscheidung impliziert. Die gewaltsamen Be-freier können dank ihrer Gewalt und trotz des Volkes immer noch triumphieren. In diesem Sinne, und in diesem *allein*, werden vielleicht jene noch recht kriegen, welche die Wahlen El Salvadors als «letztlich irrelevant» betrachten.

Nur: Ist es die Sache von Demokraten in demo-kratischen Ländern, darüber Genugtuung zu empfinden? Eine solche Lösung (zum Besten des Volkes ohne das Volk) herbeizuwünschen, zu propagieren, zu fördern?

Salvador bedarf der Revolution. Woher weiss man das eigentlich? Und *von wem* weiss man es so genau?

Zu viele Leute haben zu lange gewusst, was das Volk in Salvador *braucht*. Sie sollten sich viel-leicht etwas mehr darum kümmern, was das Volk *will*. Aber darüber haben sie sich schon immer problemlos hinweggesetzt, von Kuba über Vietnam und Aethiopien bis Nicaragua. Wie lange geht das weiter, bis es nicht weiter-geht? cb

## CH-Rubrik

### Waffen zum Frieden

Wir sammeln für Waffenversand nach Uebersee und wollen den Waffenexport unterbinden. Streben nach Monopol im Waffengeschäft oder nur Schizophrenie?

Ob für dieses oder für jenes: Bemerkenswert ist auf jeden Fall das Beispiel, das sich im «Süd-wind» findet, der Zeitung der Schweizerischen Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik (Safep). Dort schreibt Bruno Gurtner:

«Wer Friedenspolitik und Dritte-Welt-Arbeit verbinden will, kommt nicht umhin, dieses schweizerische Rüstungstreiben zu bekämpfen.»

Zu diesem Kampf nun trägt spezifisch auch Re-gula Forster mit einem Aufsatz bei, in dem sie die Anwendung des Kriegsmaterialgesetzes mit Bezug auf einige wichtige Dritt-Welt-Länder untersucht hat. Danach ist das betreffende Gesetz «ein Käsegesetz — voller Löcher». Die unter-suchten Länder der Dritten Welt reichen von Aegypten bis Uganda. El Salvador freilich fehlt auf dieser Liste; man kann ja nie alles aufzäh-len, oder?

Aber diese Auslassung lässt sich auch konkreter verstehen, wenn man das Editorial liest. Es unter-stützt einen Aufruf «Waffen für El Salva-dor», mit einem Postkonto in Bern. Der Aufruf ist letztes Jahr wiederholt in den offenbar krieg-liebenden Blättern «tell» und «WochenZeitung/ WoZ» erschienen (ZeitBild hatte darüber berich-tet). Daraus druckt «Südwind» ab:

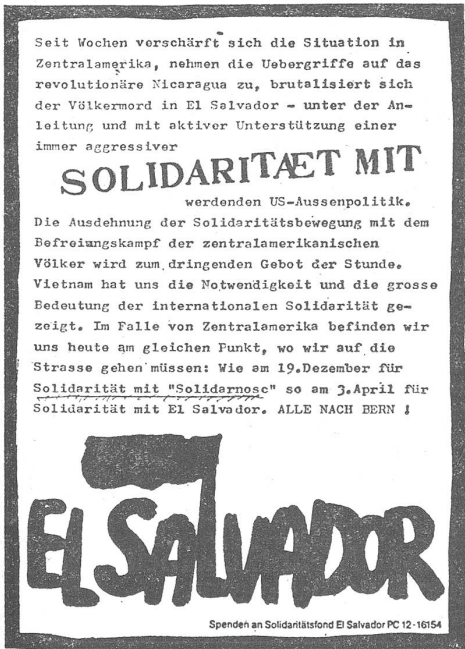
«Bisher sind in der Schweiz gegen 50 000 Fran-ken für Waffen zusammengekommen. In der BRD hat allein die ‚Tageszeitung/TAZ‘ 2,5 Mil-lionen DM für Waffen gesammelt.»

Blauäugig überlässt es die «Südwind»-Redaktion

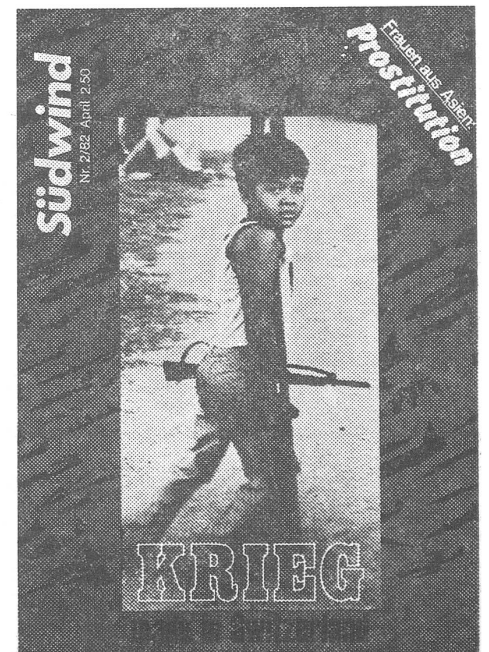
dem Leser und der Leserin, «ob er/sie von dieser Möglichkeit zur Unterstützung Gebrauch ma-chen will».

Er/sie sollte natürlich. Ob eine solche Unterstüt-zung nicht «im Widerspruch steht zu unsern eigenen Friedensbemühungen? Wir glauben es nicht. Im Gegenteil».

Kein Glaube an Frieden ohne Wehrhaftigkeit. Die Verfasser/Abdrucker sollten sich glatt beim EMD für einen freiwilligen Extra-WK melden. Ob sie es tun werden? Ichduersie glauben kaum. mk



«El Salvador», optisch gestaltet wie das Solidar-nosc-Signet. Eine Präsentation von «bresche», 29. 3. 1982. Ob das die Solidarnosc-Mitglieder auch so verstehen?



Das Titelblatt der betreffenden Nummer von «Süd-wind», April 1982.